

Aus dem Plenum

In der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause standen zahlreiche Tagesordnungspunkte zur Diskussion. Das Plenum stimmte für eine **Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes**. Folglich erhöht sich das Blindengeld rückwirkend zum 1. Juli 2010 um 50 Euro



auf 270 Euro für die rund 4800 in Thüringen lebenden Blinden und Sehbehinderten.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich um den Gesetzesentwurf der LINKEN und der GRÜNEN mit dem Ziel der Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags. Die beiden Fraktionen fordern eine generelle **Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen**. Sie verweisen u.a. auf den bayerischen Land-

tag, der positive Erfahrungen mit öffentlichen Ausschusssitzungen gemacht habe. Durch eine Änderung der Regelung erhoffen sich die Oppositionsfraktionen mehr Transparenz in der parlamentarischen Meinungs- und Entscheidungsfindung. CDU, SPD und FDP sprachen

sich gegen eine generelle Öffnung der Sitzungen aus, da Anhörungen prinzipiell öffentlich sind und die Ausschüsse im Bedarfsfall – auf Antrag – öffentlich tagen können.

In der aktuellen Stunde wurde u. a. auf Antrag der Fraktion der FDP über die **Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft** gestritten. LINKE, FDP und GRÜNE kritisieren das Vorhaben des Kultusministers Mat-

schie, die Fördergelder für die Schulen in freier Trägerschaft zu kürzen. Für den Bildungsminister ist eine Kürzung angesichts der aktuellen Haushaltslage jedoch notwendig.

In ihrem Antrag über die **Auswirkungen von Windrädern** auf Thüringens Natur- und Kulturschätze warnte die CDU vor einem weiteren Ausbau der Windkraftanlagen. Die Windenergie habe durch ihren Platz in einem zukunftsfähigen Energiemix. Doch solle sie mit Rücksicht auf die Natur- und Kulturlandschaft ausgebaut werden. Es gelte, die

Potentiale der bestehenden Windkraftanlagen vollständig zu nutzen, bevor neue Flächen für Windparks erschlossen werden. Neue Gebiete müssten demnach nicht zwingend ausgebaut werden. Die CDU sieht das Thüringer Landschaftsbild in Gefahr. Hintergrund der Debatte ist die umstrittene Planung einer Windkraftanlage vor dem UNESCO- Weltkulturerbe Wartburg.

Besuch des österreichischen Botschafters



Am 10. August stattete der Botschafter Österreichs in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Ralph Scheide, Landtagspräsidentin Birgit Diezel seinen Antrittsbesuch ab.

Im Gespräch tauschte er sich mit Frau Diezel über die aktuelle politische Lage aus und informierte sich über die Umwelt-, Kultur- und Wirtschaftspolitik Thüringens.

Stuttgarter Erklärung durch Parlamentspräsidenten verabschiedet Diezel fordert mehr Mitsprache der Landesparlamente

Die Präsidentinnen und Präsidenten der 16 deutschen Landesparlamente verabschiedeten als Ergebnis ihrer Zusammenkunft am 22. Juni die „Stuttgarter Erklärung“. In ihr bekennen sich die Parlamentspräsidenten zu der Verantwortung, die der Lissaboner Vertrag ihnen zuweist. Landtagspräsidentin Birgit Diezel: „Der Vertrag von Lissabon verweist ausdrücklich auf die regionale und lokale Selbstverwaltung. Es ergeben sich unmittel-

bare Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente an der europäischen Gesetzgebung.“ Der Lissaboner Vertrag, der die politischen Institutionen der Europäischen Union neu strukturiert, bezieht erstmals in der Geschichte der europäischen Integration die innerstaatliche Ebene mit ein und berücksichtigt so die nationale Identität der Mitgliedstaaten.

Der Landtag arbeitet aufgrund eines Antrags der Koalitions-

fraktionen an der Umsetzung der Stuttgarter Erklärung. Dazu stimmen die Landesregierung derzeit eine Vereinbarung ab. „Wir können nur dann als Landtag die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats vertreten“, mahnte Frau Diezel abschließend, „wenn wir frühzeitig über Rechtssetzungsprozesse der Europäischen Union und deren Bewertung durch die Landesregierung informiert werden.“

Dr. Wolfgang Habel als neues Mitglied des Verfassungsgerichtshofs gewählt

In einer Nachwahl am 20. August stimmten die Abgeordneten des Thüringer Landtags für Dr. Wolfgang Habel als neues Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Er tritt die Nachfolge des bisherigen, kürzlich verstorbenen Mitglieds Peter Goetze an. Landtagspräsidentin Birgit Diezel vereidigte Dr. Habel im Anschluss der Wahl.

Kurz gemeldet

+++ Die Ausstellung „Farbe trifft Struktur“ der Erfurter Künstlerin Ines Aust gastiert im Thüringer Landtag. Vom 12. August bis 13. September kann die Ausstellung im Funktionsgebäude des Landtags besichtigt werden. +++ Am 17. August überreichte die Landtagspräsidentin die Erlöse der diesjährigen Weiberfastnacht. Der Förderverein Bären Lobeda e.V. kann sich über 1.000 Euro freuen, die nun für die Sanierung des alten Gasthofes „Zum Bär“ in Jena-Lobeda verwendet werden. +++

Aus der Arbeit der Ausschüsse

Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ausschuss über Tod eines Häftlings der JVA Tonna informiert

Die Mitglieder des Justizausschusses wurden am 13. August umfassend über den Tod eines 32-jährigen polnischen Untersuchungsgefangenen in der JVA Tonna informiert.

Der Gefangene war am Nachmittag des 11. Juli 2010 im Klinikum Bad Langensalza verstorben. Dorthin war er aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes aus der JVA Tonna eingeliefert worden. Einen Tag zuvor hatte ihn die Polizei der JVA Tonna überstellt. Vertreter des Justizministeriums berichteten detailliert über den Verlauf der Inhaftierung und die vorläufigen Ob-

duktionsergebnisse. Laut vorläufigem Obduktionsbericht des Instituts für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Jena sind die Befunde mit der bisherigen Diagnose, allgemeine Überhitzung, vereinbar. Da die Obduktionsuntersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch keine absolute sichere Aussage über die Todesursache getroffen werden. Minister Dr. Poppenhäger wird die Mitglieder des Justizausschusses umfassend informieren, sobald neue Untersuchungsergebnisse vorliegen.

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Umsetzung des Kindertageseinrichtungsgesetzes

Am 7. Juli befasste sich der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur in einer Sondersitzung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Umsetzung des geänderten Kindertageseinrichtungsgesetzes. Die Landesregierung teilte mit, dass die noch fehlende Rechtsverordnung dem Ausschuss in der September-Sitzung zur Beratung vorgelegt wird. „Es ist wichtig, zügig Sicherheit für das Handeln der Kommunen und Träger hinsichtlich der Umsetzung des Kindertageseinrichtungsgesetzes zu schaffen“, betonte Ausschussvorsitzender Dr. Mario Voigt (CDU). Gegenstand der Sitzung war erneut die Frage nach den Ko-

sten des Gesetzes. Die Landesregierung betonte, dass alle Kosten bei der Umsetzung durch das Land übernommen würden. Das Land stellt zunächst eine Pauschale von 43 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Am Jahresende erfolgt dann eine so genannte Spitzabrechnung.

Das novellierte Kindertageseinrichtungsgesetz trat am 1. August 2010 in Kraft. Das Gesetz legt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab der Vollendung des ersten Lebensjahres fest. Zusätzlich wurden 2400 neue Erzieherstellen geschaffen, um eine bestmögliche Betreuung zu gewährleisten.

Fraktionswechsel im Landtag

Hartung neues Mitglied der SPD-Fraktion

Der Abgeordnete Dr. Thomas Hartung erklärte am 11. August 2010 seinen Austritt sowohl aus der Fraktion DIE LINKE als auch aus der gleichnamigen Partei und ersuchte um Aufnahme in die SPD-Landtagsfraktion. Am selben Tag beschlossen die Mitglieder der SPD-Fraktion seine Aufnahme.

In einem Gutachten kam die Landtagsverwaltung zu der Einschätzung, dass der Fraktionswechsel des Abgeordneten Dr. Hartung zulässig war.

Der Fraktionswechsel eines parteilosen Abgeordneten ist auf der Grundlage des Artikels 53

der Verfassung im Grundsatz möglich, weil das freie Mandat die Berechtigung eines jeden Abgeordneten einschließt, sich mit anderen frei gewählten Abgeordneten zu gemeinsamer Willensbildung zusammen zu finden. Allerdings sind diesem Recht im Hinblick auf das im Parlamentsrecht anerkannte Gebot der politischen Homogenität von Fraktionen Grenzen gesetzt. Deshalb erfordert ein Fraktionswechsel bei dem Abgeordneten gleichgerichtete politische Grundvorstellungen mit der aufnehmenden Fraktion und ihren Mitgliedern.

Ausstellungen

Andere Augen –

Eine Ausstellung über das Sehen

Einblicke in die Welt der Blinden

Szenen aus dem Alltag: Ein Lehrer steht vor seiner Klasse. Im Stall füttert ein Bauer seine Kühe. Abgebildet sind die Norweger Terje Karlsrud und Arild Røland, wie sie ein ganz normales Leben führen. Terje ist Lehrer an einem Trondheimer Gymnasium, und Arild arbeitet als Bauer auf seinem Bauernhof. Beide Menschen meistern ihr Leben mit Bravour – trotz ihrer Sehbehinderung. Terje verlor im Laufe seiner Kindheit seine Sehkraft vollständig.

formen gelingt es, die verschiedene Wahrnehmung von Kunst zu überwinden. So wird zum Beispiel mit Hilfe eines Audio-Guides dem nicht sehenden Ausstellungsbesucher das Foto erklärt. Mit dieser Zielsetzung vermag die Ausstellung, was auch politische Konventionen und Gesetzgebung zu erreichen versuchen: das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Landtagspräsidentin Birgit Diezel lobte



Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnet die Ausstellung

Arild wurde mit Albinismus geboren. Seine Sehkraft ist auf zehn Prozent reduziert.

Die Fotoaufnahmen sind Teil der Ausstellung „Andere Augen – Eine Ausstellung über das Sehen“, die den Alltag blinder Menschen im Thüringer Landtag thematisiert.

Eindringlich fragt der Grafiker und Fotograf der Bilderreportage Gregor Strutz seine blinden Freunde: „Wie hörst du Farben, Nebel oder Licht? Wie siehst du Gefühle, Gerüche, Musik? Und mit welchem deiner Sinne begreifst du den Menschen, der dir gegenüber steht?“ Mit intensiven Farben und weicher Schärfe versucht der Künstler mit seinen Fotos eine Antwort auf diese Fragen zu geben. Der Betrachter bekommt ein Gefühl für die täglichen Herausforderungen, denen sich Terje und Arild Tag für Tag stellen müssen. Der Betrachter begreift auch, dass sie es nicht besser und nicht schlechter als andere tun – nur anders, auf ihre Art eben.

Ziel der Ausstellung ist, das gemeinsame Kunsterlebnis von Sehenden und Nichtsehenden. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Darstellungs-

den integrativen Gedanken der Ausstellung: „Die Fotoreportage will auf die Lebenswirklichkeit blinder Menschen aufmerksam machen. Sie lässt Vorurteile zurücktreten, Berührungsängste schwinden und das Verbindende an Bedeutung gewinnen. Sie ist dazu gedacht, Distanzen zwischen Sehenden und Nichtsehenden abzubauen.“

Die Ausstellung, die auf Initiative des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Paul Brockhausen, im Landtag gezeigt wird, bringt noch bis zum 19. November Menschen mit und ohne Sehbehinderung zusammen.



Surftipp:
www.andereaugen.de

20 Jahre CDU-Landtagsfraktion: Nahezu 100 Abgeordnete haben Thüringer Geschichte mitgeschrieben

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag stellte ihren Jahresempfang 2010 am 25. August in Erfurt unter das Motto „20 Jahre erfolgreiche parlamentarische Arbeit für Thüringen“. Vor mehr als 1000 Gästen erinnerte Fraktionsvorsitzender Mike Mohring daran, dass nahezu 100 Landtagsabgeordnete der CDU seit 1990 die Geschichte Thüringens mitgestaltet haben. Die Fraktion präsentierte zu ihrem Jahresempfang ein Buch über ihre Arbeit aus der Feder des Jenaer Historikers Reyk Seela und einen kurzen Film zur Geschichte der Fraktion.

„Die Abgeordneten der ersten Stunde gaben dem Land eine Verfassung, sie legten den Grund für das gegliederte Schulsystem und leistungsfähige Kommunen. Sie schufen den Rahmen für eine pulsierende Wirtschaft“, blickt Mohring zurück. Heute gehören noch sechs Parlamentarier des ersten Landtags der 30-köpfigen CDU-Fraktion an. In fünf Landtagswahlen haben die Wähler der CDU ein Mandat zur Regierungsbildung erteilt.

„Dieses Vertrauen mussten wir uns immer wieder neu erarbeiten. Der Freistaat bietet beste Bedingungen für Familien. In Län-

dervergleichenen belegt er etwa im Bereich der Bildung oder bei der

logischen Bereich kräftiger als in vielen anderen Ländern. Jetzt schreibt die Fraktion am nächsten Kapitel Thüringer Erfolgsgeschichte mit, in dem es vor allem um die Bewältigung des demographischen Wandels und die Sicherung der Zukunft durch die Sanierung des Landeshaushalts geht.

Der knapp zehnmündige Film zur Fraktionsgeschichte verdankt seinen Titel Altministerpräsident Prof. Dr. Bernhard Vogel, der 20 Jahre politische Arbeit in dem Satz „Es ist vieles gelungen“ bilanziert. Die Dokumentation zeigt mit spannendem Film- und Bildmaterial und in Interviews mit Ministerpräsidenten und Fraktionsvorsitzenden, wie in der „Pionierzeit“ nach der friedlichen Revolution 1990 die parlamentarische Arbeit im Thüringer Landtag begann und auf was es der CDU-Fraktion in den zwei Jahrzehnten seither ankam; einen kurzen Ausblick in die Zukunft eingeschlossen. Der Film ist im Fraktions-TV auf der Internetseite der CDU-Landtagsfraktion zu sehen:

www.cdu-landtag.de



Aus den Anfängen der Öffentlichkeitsarbeit. Das erste Fraktions-Journal der CDU-Landtagsfraktion 1993.

Zahl der Industrie- und Handwerksbetriebe und Industriearbeitsplätze Spitzenpositionen, und Thüringen gehört zu den sichersten Ländern Deutschlands“, so der Fraktionsvorsitzende. Immer mehr Studentinnen und Studenten lernen die Hochschulen im Freistaat schätzen. Das „grüne Herz“ schlägt auch im öko-

Bildungsmonitor 2010: Platz 2 für Thüringen CDU-Fraktion sieht bisherigen Kurs bestätigt



Thüringen belegt bei der aktuellen Studie zum Bildungsmonitor 2010 den zweiten Platz im bundesweiten Vergleich und hat sich damit um einen weiteren Rang verbessert. „Da die Daten bereits im Jahr 2008 erhoben wurden, ist das hervorragende Abschneiden Thüringens auf die solide Bildungspolitik der letzten Legislaturperioden zurückzuführen“, sagte der bil-

dungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Emde. Wie der Bildungspolitiker betonte, „besteht in Thüringen vor allem Verbesserungsbedarf bei der Effizienz der eingesetzten Mittel“. Es reiche eben nicht, möglichst viel Geld ins System zu geben, sondern die Mittel müssen an der richtigen Stelle ausgegeben werden. Die Studie führe vor, dass es durch effektiveren Mitteleinsatz auch im Haushalt des Kultusministeriums Einsparpotentiale gibt. „Bildungspolitische Reformen sind auch unter dem Vorzeichen von Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung möglich“, so Emde. Aus Sicht des CDU-Politikers dürfe der Bildungsminister den Hebel keinesfalls nur bei den freien Schulen ansetzen. Durch einen effektiveren Mitteleinsatz könne im gesamten Bildungssystem gespart werden, ohne dabei die Qualitätsentwicklung zu gefährden.

Windräder gefährden Thüringer Kulturschätze CDU-Fraktion gegen Windpark an der Wartburg



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag wehrt sich gegen Windkraftanlagen im Umfeld der Wartburg bei Eisenach, da das Kultur- und Landschaftsbild nachhaltig zerstört und der UNESCO-Weltkulturerbestatus gefährdet wird. Auf Antrag der Fraktion hat sich der Thüringer Landtag in der vergangenen Plenarsitzung mit dem Problem befasst. Wie die

Lehmann: Mit Haushalt 2011 klares Zeichen setzen

Die CDU-Finanzpolitikerin Annette Lehmann hat im Landtag ausdrücklich einen Appell des Thüringer Rechnungshofs unterstützt, der die Landesregierung zur strikten Haushaltsdisziplin aufgefordert hat. Lehmann sprach in der Debatte zur Entlastung der Landesregierung und des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2007. Die durch Steuererminderungen, Absenkung der Solidaritätsbeiträge und durch die Reduzierung der EU-Mittel erforderliche Kreditaufnahme müsse auf das unumgängliche Mindestmaß beschränkt werden. „Aufgrund der Ausfälle und rückläufigen Zuweisungen des Bundes sind Ausgabenkürzungen unbedingt erforderlich. Hier muss die Regierung bereits für den anstehenden Haushalt 2011 klare Zeichen setzen. Die Beherrschung der Schulden und die Sanierung des Landeshaushalts sind die größte Herausforderung der Legislaturperiode“, sagte Lehmann.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72295
Fax: 0361 37 72416
www.die-linke-thl.de

Statt Mini-Pilotmodell gemeinsames Lernen

NACHGEFRAGT bei Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion



Das neue Schuljahr hat begonnen, alle reden vom längeren gemeinsamen Lernen und es gibt das Gemeinschaftsschulmodell....

... in homöopathischer Dosis, in einer Mini-Pilotphase mit sechs Schulen, von denen drei – die Jenaplanhschulen und die Lobdeburgschule – ohnehin schon eigene pädagogische Konzepte in der Art der Gemeinschaftsschule anbieten. Egal, ob man mit drei oder sechs Schulen rechnet, bei rund 1000 Thüringer Schulen betrifft die „neue“ Schulform Gemeinschaftsschule nur eine Promillezahl an Schülern. Für die Mehrheit kommt gar nichts raus.

Wie bewerten Sie den Streit in der Koalition?

Die anhaltende Auseinandersetzung in der Thüringer Koalition zwischen der SPD mit ihrem Gemeinschaftsschulmodell und der CDU, die eine neue Oberschule fordert, verunsichert Pädagogen, Eltern und Schulträger gleichermaßen. Die LINKE will Klarheit, ein eindeutiges Votum der Bürger per Volksentscheid, ob für alle Schüler die Trennung nach Klasse vier abgeschafft werden soll.

Aber warum sollte die Landesregierung den Volksentscheid in die Wege leiten?

Sie soll sich den politischen Handlungsauftrag für einen schrittweisen Umbau hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen möglichst breit und direkt-demokratisch legitimieren lassen. Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, ist in diesem wichtigen Politikfeld der einzige Weg, um über Parteigrenzen hinweg Thüringen zu einem modernen Bildungsland weiterzuentwickeln.

„Wenn alle Stricke reißen, wird es ein Volksbegehren geben“ Erneut demonstrierten Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben

Wieder waren Bürgerinitiativen aus ganz Thüringen vor den Landtag nach Erfurt gezogen, um am Rande der Plenarsitzung am 19. August eindringlich auf das, wie es die Bürgerallianz bezeichnete, „praktizierte Unrecht in Thüringen bei der Erhebung von Zwangsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau“ hinzuweisen. Peter Hammen, Landesvorsitzender der Bürgerallianz, verwies auf den Gesetzentwurf, den sie erarbeitet und allen Fraktionen im Landtag überreicht hatten. Aufgegriffen wurde er nur von der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die auf dessen Grundlage eine Gesetzesvorlage erarbeitet haben, die im September in den Landtag eingebracht werden soll. Wenn alle Stricke reißen, werde auf der Basis des Gesetzesantrags ein Volksbegehren auf den Weg gebracht, ließ Hammen namens der Thüringer Bürgerallianz keinen

Zweifel an ihrem Kampfeswillen. Dass endlich eine gerechte Regelung gefunden werden muss, betonte auch Bodo

örtlich sehr unterschiedlichen Beitragserhebung Grundstückseigentümer, die von kleiner Rente leben müssen



Ramelow in seiner Rede auf der Kundgebung. Seine immer wieder unterstrichene Forderung, dass es um eine „für alle Bürger gleichermaßen zu tragende Lösung“ gehen müsse, wurde begrüßt. Es könne nicht angehen, dass aufgrund der

oder langzeitarbeitslos sind, mit einer Zwangsenteignung rechnen müssen.

Werde es keine befriedigende Regelung geben, „werden wir das Volksbegehren unterstützen“, betonte der Fraktionschef der LINKEN.

Zu DDR-Zeiten geschieden:

Rentenlücke für Frauen muss jetzt endlich geschlossen werden

Nachträglich Gerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen schaffen – dies hat sich eine Interessengemeinschaft von Betroffenen auf die Fahnen geschrieben. Auf Einladung der Abgeordneten Karola Stange (Fraktion DIE LINKE) besuchte eine Gruppe den Thüringer Landtag. „Von der Politik vergessen, damit muss jetzt Schluss sein“, unterstützt die gleichstellungspolitische Fraktionssprecherin das Ziel der Initiative.

Viele Frauen, die in der DDR geschieden wurden und lange Hausfrauen waren, müssten heute als Rentnerinnen in Armut leben, weil sie nur eine geringe Altersversorgung besol-



kämen. Im Gegensatz zu geschiedenen Frauen im Westen haben sie keinen Anspruch auf einen Versorgungsausgleich. Der Politik sei das Problem sattsam bekannt. So habe DIE LINKE auf Bundes- und Landesebene immer wieder Anträge in die Parlamente eingebracht, die diese Lücke

bei der Rentengerechtigkeit schließen sollten. „Passiert ist leider nichts“, zeigt sich Frau Stange enttäuscht.

„Wir prüfen eine Bundesratsinitiative zur Klärung der Angelegenheit“, kündigt sie an – und wird auch das Engagement der betroffenen Frauen weiter unterstützen.“

Bodo Ramelow: Dem Schnüffelstaat Tür und Tor geöffnet

„Tief enttäuscht“ zeigte sich Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, über die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli. Die Leipziger Richter waren – ganz anders als zwei Vorinstanzen – der Ansicht, die Bespitzelung des Abgeordneten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sei rechtmäßig. Erneut wurde keinerlei Vorwurf gegenüber

dem Politiker persönlich geäußert. Nach Ansicht des Gerichts reicht aber die Mitgliedschaft in der LINKEN aus, um vom Verfassungsschutz bespitzelt zu werden. „Mit dieser Entscheidung wird der demokratische Rechtsstaat auf den Kopf gestellt“, sagte Ramelow und befürchtet, dass jetzt „dem Schnüffelstaat Tür und Tor geöffnet“ werde. Jedes Mitglied der LINKEN ste-

he nun unter Generalverdacht, „das ist äußerst bedenklich und eines Rechtsstaates unwürdig“, betonte der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Landtag. Die fatalen Wirkungen von Verfassungsschutzakten habe das Gericht „in einer empörenden Weise verniedlicht“. Ramelow kündigte eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an.

„Thüringer Meer“ – ein ehrgeiziges Projekt

SPD-Fraktion besuchte die Region um den Hohenwartestausee

Wo liegt eigentlich das Thüringer Meer? Nach einem Besuch am Hohenwartestausee



im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Juli können die SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Doht, Regine Kanis, Heiko Gentzel, Rolf Baumann und Fraktionschef Uwe Höhn diese Frage

genau beantworten. Mehrere Stunden lang erkundeten sie unter fachkundiger Anleitung das Areal um die Talsperre. Schon jetzt – auch ohne die prominente Bezeichnung „Thüringer Meer“ – sind die



beiden künstlichen Seen eine Reise wert: Von dicht bewaldeten Bergen umgeben, liegen sie wie eine schimmernde Perlenkette mitten in Thüringen. Bungalowsiedlungen, Zeltplätze mit Bootsstegen und Wanderwege rund um die Stauseen locken jährlich bereits Tausende in die Region.

Dieses touristische Potenzial wollen einige Anwohner der Region weiter entwickeln. Es handelt sich um einen ehrgeizigen Plan: Neben einem Radweg, mit dem man die Stauseen komplett umrunden können soll, soll die

Linkenmüller Brücke gebaut werden, ein Bauwerk, das bis Kriegsende über die Talsperre geführt hatte.

Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Mitglieder des Thüringer-Meer-Vereins. Allerdings sei das Geld knapp. Ob die Landesregierung angesichts der begrenzten finanziellen Ressourcen Fördermöglichkeiten für die Vorhaben sehe, sei deshalb fraglich.

Mehr Geld für Blinde in Thüringen

Gesetzentwurf der Regierungskoalition verabschiedet

50 Euro mehr bekommen Blinde in Thüringen künftig. Damit hat die SPD eine weitere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

„Es handelt sich um kein Almosen und kein Geschenk, sondern um einen kleinen Ausgleich für die Mehrausgaben, die blinde Menschen haben“, so die Worte von Dagmar Künast, Sprecherin für Behinderte in der SPD-Fraktion. Zuvor hatte Künast noch einmal auf die Belastungen verwiesen, die blinde Menschen täglich in Kauf nehmen müssten: Hilfe sei bei Einkäufen und Behördengängen vonnöten, zudem müssten Hilfsmittel wie Bücher in Blindenschrift erworben werden. All das koste viel Geld.

„Die Abschaffung des Blindengeldes im Jahr 2006 war ein Fehler“, sagte die Politikerin, räumte



aber auch ein, dass sich die SPD-Fraktion jetzt gerne ein deutlicheres Plus bei der finanziellen Unterstützung für die Blinden gewünscht hätte. Dies sei jedoch wegen der haushalterischen Zwänge nicht machbar gewesen. Mit der rückwirkenden Anhebung des Blindengeldes von 220 auf 270 Euro monatlich ab Juli 2010 werde jedoch eine weitere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag eingelöst. Die Kosten,

die sich für den Freistaat aus der Erhöhung ergeben, betragen 1,75 Millionen Euro. Eine Summe, die auf den ersten Blick klein erscheinen mag, um die die SPD angesichts knapper Kassen aber hart ringen musste. Künast: „Mit der Erhöhung des Blindengeldes um 50 Euro stellen wir unter Beweis, dass wir die Probleme behinderter Menschen im Freistaat sehr ernst nehmen.“

Freistaat beteiligt sich auch künftig an Finanzierung des Sports /Gentzel lobt Sportförderung

Auf sichere Beine gestellt wurde von der Koalition im August-Plenum auch die Sportförderung. So wird sich der Freistaat auch künftig an der finanziellen Ausstattung des Landessportbundes und seiner Mitgliedsorganisationen sowie der LIGA der freien Wohlfahrtspflege beteiligen. Mit einer von SPD und CDU auf den Weg gebrachten Ände-

rung des Thüringer Glücksspielgesetzes können für deren wichtige Arbeit weitere Erlöse aus der Staatlichen Lotteriegesellschaft herangezogen werden. SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel lobte den Freistaat für seine kontinuierliche Sportförderung in den zurückliegenden Jahren. Diese müsse beibehalten werden.

SPD-Fraktion begrüßt neuen Mitstreiter

Abgeordneter verlässt Fraktion und Partei „Die Linke“



Dr. Thomas Hartung aus Weimar ist seit 11. August 2010 neues - vorerst parteiloses - Mitglied der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Der 39-jährige studierte Mediziner wird in der SPD-Fraktion das Ressort

„Gesundheit“ betreuen. SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn sprach von einer „schönen Überraschung nach der Sommerpause“ und wünschte Hartung viel Glück für seine neue Aufgabe. Mit Hartungs Wechsel zur SPD umfasst die SPD-Fraktion nun 19 Mitglieder; die Linke schrumpft auf 26.

Gerstungen kämpft für Trinkwasserbrunnen



Gruppenbild mit Damen: **Eleonore Mühlbauer (Bildmitte) und Sabine Doht (erste Reihe)** trugen entscheidend zur Verbesserung der Frauenquote bei einem Termin beim Gerstunger Bürgermeister Werner Hartung (2. von links) bei. Wegen der möglichen Verschmutzung ihrer Trinkwasserbrunnen liefern sich die Gerstunger seit Jahren einen Kampf mit dem Kasseler Düngemittelkonzern K+S. Bei einem Vorort-

termin ließen sich Mitglieder der Fraktion (neben Mühlbauer und Doht Heiko Gentzel, Frank Weber, Rolf Baumann sowie Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn) die derzeitige Sachlage von der Gemeindeverwaltung erläutern, ein Gespräch mit Vertretern der Konzernspitze bei K+S am Nachmittag schloss sich an. Dabei machte die Fraktion klar, dass der Konzern in Sachen Umweltschutz in der Bringepflicht ist.

Gegen Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft

Hitzing: „Freie Schulen müssen für alle Kinder offen bleiben!“

„Die Schulen in freier Trägerschaft leisten jetzt schon einen entscheidenden Beitrag zur Schulkultur in Thüringen und geben jungen Menschen die Chance zu wählen“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Vizepräsidentin Franka Hitzing.

Auf Antrag der FDP-Fraktion diskutierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde im August-Plenum über die Zukunft der Schulen in freier Trägerschaft. „Nachdem sich Thüringen eines der modernsten KITA-Gesetze in Deutschland gegeben hat, sollte es diesen Vorsprung im Bildungsbereich nicht durch ideologisch motivierte Kürzungspläne aufs Spiel setzen“, betonte Hitzing. Mit Gleichberechtigung, sozialer Gerechtigkeit oder dem „Bildungsland Thüringen“ habe der Kürzungsvorschlag von Minister Matschie nichts zu tun. „Die Schulen in freier Trägerschaft schwimmen keinesfalls im Geld“, so Hitzing. Ihre personelle Ausstattung orientiere sich an den Schülerzahlen, die in den letzten Jahren stetig gestiegen seien. Die Schulen bekämen im Vergleich lediglich rund 85 Prozent des Schulkostenjahresbetrages der staatlichen Schulen, erfüllten aber gleichwertig ihren Bildungsauftrag. Man könne nicht eine neue Schulform - die der Gemeinschaftsschule - schaffen, und wenn das Geld dafür nicht reiche, bei den bestehenden Schulen kürzen. Die FDP werde hier auf jeden Fall Widerstand leisten, kündigte Hitzing an.

Am 29. September plant die FDP-Landtagsfraktion eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu dem Thema. Weitere Informationen: www.thl-fdp.de/termine/index.html

Zahnrettungsboxen als Teil der Notfallausstattung FDP-Antrag zur Zahnrettung fand positive Resonanz

Die FDP-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, so genannte Zahnrettungsboxen als Teil der Notfallausrüstung flächendeckend an den Thüringer Schulen einzuführen. Ein entsprechender Antrag fand im Landtagsplenum positive Resonanz und wurde mit den Stimmen aller Fraktionen zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit verwiesen. „Die sinnvolle Ergänzung der Notfallausrüstung an Schulen kostet wenig und erzielt große Wirkung“, so der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe. Bei 1026 Schulen in Thüringen und Kosten von 15 bis 20 Euro pro Box, wären für die Grundausstat-

zung rund 20.000 Euro erforderlich. „Wenn eine Folgebe-



Der gesundheitspolitische Sprecher Marian Koppe mit einer Zahnrettungsbox

handlung ohne Box 10.000 bis 15.000 Euro kostet, hat sich die Investition schnell gerechnet“,

so Koppe, der in der Idee auch einen Vorschlag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesensieht. Der Sozialministerin Heike Taubert (SPD), die es im Plenum ablehnte, die Kosten für die Grundausstattung zu übernehmen, hält Koppe entgegen, dass die Notfallausrüstung der Schulen ansonsten auch durch das Land finanziert werde. „Wenn sich wie in Hessen die Unfallkasse oder andere Sponsoren finden lassen, um die Idee umzusetzen, wären wir auch hochzufrieden“, so der liberale Landtagsabgeordnete, der für entsprechende Gespräche aber die Thüringer Sozialministerin in der Pflicht sieht.

FDP erinnerte an den Mauerbau in der DDR

Gedenkveranstaltung der FDP-Landtagsfraktionen von Hessen und Thüringen im Grenz-museum „Schiffersgrund“

Am 13. August 2010 erinnerten die FDP-Landtagsfraktionen von Hessen und Thüringen gemeinsam an den Bau der Berliner Mauer und der Grenzanlagen entlang der innerdeutschen Grenze vor 49 Jahren. In der Gedenkstätte Grenz-museum „Schiffersgrund“ in Asbach/Sickenberg gedachten die Fraktionsvorsitzenden Florian Rensch und Uwe Barth sowie die ehemalige hessische Staatsministerin Ruth Wagner in ihren Re-

den der Teilung Deutschlands. „Auch im zwanzigsten Jahr der Wiedervereinigung von BRD und DDR dürfen wir nicht vergessen, dass wir Deutsche über vierzig Jahre hinweg nicht gemeinsam in einem, sondern in zwei Staaten gelebt haben, und dass unsere Familienangehörigen, Freunde und Bekannte auf der jeweils anderen Seite der unüberwindbaren, mit Minen und Panzersperren gesicherten innerdeutschen Grenze leben mussten“, so Barth. „Wie

kaum ein zweites Ereignis war der Mauerbau Symbol für die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas.“ Die Liberalen wollen die Erinnerung mit ihrer im vergangenen Jahr begonnenen Reihe von Veranstaltungen in Gedenkstätten entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen wachhalten. Am 9.11.2009 trafen sich die Landtagsfraktionen dazu erstmals am „Point Alpha“ in Geisa.

Fraktion besuchte OPEL Eisenach

Informationsaustausch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Lieske

Im Rahmen seiner ersten Sommerreise zum Thema „Sicherung des Fachkräftebedarfes in Thüringer Betrieben“ besuchte der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth im Juli elf Landkreise und drei kreisfreie Städte. Gemeinsam mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion Thomas L. Kemmerich und weiteren Vertretern der Fraktion traf er sich dabei u.a. am 11. Juli zum Informationsaustausch mit dem Vorsitzenden des Be-

triebsrates der OPEL Eisenach GmbH Harald Lieske. „Die Arbeits- und Ausbildungs-



Fraktionsvorsitzender Uwe Barth, Betriebsratsvorsitzender Harald Lieske und der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich (v.l.n.r.) beim Besuch in Eisenach

plätze am Standort Eisenach liegen uns besonders am Herzen“, so Barth, der in dem Gespräch die Position der FDP-Fraktion in der Diskussion um Bürgschaften für OPEL und die Forderung nach einem Plan B noch einmal erläuterte. „Die Landesregierung sollte sich nicht vorrangig um den Erhalt eines Unternehmens kümmern, sondern Standortsicherung betreiben.“ Im Anschluss besuchte Barth das Gründer- und Innovationszentrums Stedtfeld GmbH (GIS).

Lebendiger Start



Die Sommerpause ist um. Und mit einem lebendigen Plenum startete der Landtag wieder in die Sitzungsperiode. „Parlamentarische Opposition ist ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“, heißt es in der Verfassung des Freistaates Thüringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einmal mehr gezeigt, dass dort auch „lebendige“ Demokratie stehen könnte. So erwiesen sich beispielsweise unsere Anträge zur Geschäftsordnung als die Klingleichen, mit denen die Sommerferien zu Ende gingen.

Aber wir zeigen auch, dass wir unseren Beitrag zu lebendiger Demokratie als konstruktive Opposition leisten. So haben wir dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Blindengeld zugestimmt, obwohl wir uns eine deutlichere Erhöhung gewünscht hätten. Dafür aber fehlte im Landtag die Mehrheit. Uns war es aber dennoch wichtiger, eine zumindest partielle Verbesserung der Situation mitzutragen, als sie aus Prinzip zu verweigern. Lebendig und konstruktiv, so sorgen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch dafür, dass unse-

re Demokratie stärker wird. Dieses Ziel werden wir konsequent weiter verfolgen.

Herzlichst Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende

„Parlamentarische Opposition ist ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie.“

So heißt es in der Thüringer Verfassung, doch eine kritische Oppositionsarbeit ist nur dann möglich, wenn die Rahmenbedingungen sie auch zulassen. Deswegen kämpfen wir seit unserem Einzug in den Landtag dafür, dass die neuen parlamentarischen Realitäten auch in der Geschäftsordnung anerkannt und allen fünf Fraktionen umfassende demokratische Teilhaberechte ermöglicht werden. Noch wichtiger ist uns aber, dass die politischen Entscheidungen auch nach außen für alle BürgerInnen transparent sind. Unsere Forderung: öffentliche Ausschusssitzungen, so wie es auch in vielen anderen

Ländern schon möglich ist. Doch Transparenz und Minderheitenrechte sind offenbar keine Selbstverständlichkeit: Werden sie eingefordert, ist schnell von fehlendem Demokratieverständnis die Rede. Lapidar hieß es, wir sollten die Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag zur Kenntnis nehmen. Das Demokratieverständnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber ist ein anderes, und die Debatte geht weiter. Unsere Änderungsanträge wurden in den Justizausschuss verwiesen, wo wir jetzt weiter Druck machen werden, stellt Astrid Rothe-Beinlich für die grüne Fraktion klar.

Landesprogramm weiter vorantreiben

Vor nunmehr fast einem Jahr haben zu Beginn dieser Wahlperiode alle Fraktionen des Thüringer Landtages beschlossen, ein Landesprogramm für mehr Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit auf den Weg zu bringen.

Tatkräftig wurde zunächst im November 2009 ein Zeitplan erarbeitet, der aber nur noch Makulatur ist. „Von insgesamt sieben Gliederungspunkten des Programmes wurden bisher nur ganze zwei erarbeitet“, stellt Dirk Adams, innenpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion, fest. Der strittigste Punkt ist dabei, ob in einem solchen Programm auch eine Auseinandersetzung mit

dem Linksextremismus erfolgen kann und soll. Und während sich die Diskussion in die Länge zieht, wird in Bad Langensalza eine Landesgeschäftsstelle der NDP errichtet, finden in Gera, Pößneck und Kirchheim rechte Konzerte statt.

Ein breites Spektrum des zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen rechtsextremes Gedankengut hat viel Hoffnung in unser gemeinsames Landesprogramm gesetzt. „Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Bürgerinnen und Bürger nicht enttäuschen und werden daher das Landesprogramm weiterhin konsequent vorantreiben“, betont Adams.

Fakten statt Dogmen

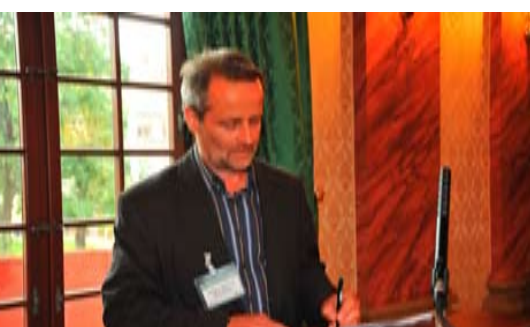
Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 8.1, auch ICE-Trasse genannt, hätte nie gebaut werden dürfen. In dieser Haltung sieht sich die bündnisgrüne Fraktion erneut bestätigt. Ein Gutachten des Umweltbundesamtes zu den Kapazitäten des Schienengüterverkehrs in Deutschland bescheinigt der neuen Trasse zwischen Erfurt und Nürnberg Unwirtschaftlichkeit, da sie nicht geeignet ist, ausreichend Güterverkehr aufzunehmen. Auch der Nut-

zen für den Personenverkehr ist mehr als fraglich. Während das Projekt 5 Mrd. Euro verschlingt, sind die für die Mitte-Deutschland-Verbindung benötigten 50 Millionen immer noch nicht gesichert. Jennifer Schubert nimmt die widersprüchlichen Angaben der Landesregierung, ob und wie auf der Trasse Güterverkehr fahren kann, zum Anlass, im Verkehrsausschuss eine öffentliche Anhörung zu fordern.

Schulen in freier Trägerschaft dürfen nicht schlechter gestellt werden

Angesichts der Ankündigung von Christoph Matschie, durch Kürzungen bei Schulen in freier Trägerschaft zur Haushaltskonsolidierung beizutragen, machte die bildungspolitische Sprecherin Astrid Rothe-Beinlich im letzten Plenum deutlich, dass die grüne Landtagsfraktion für eine grundsätzliche Gleichstellung von Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft eintritt. „Alle Kinder müssen dem Staat doch gleich viel wert sein“, bringt sie

die bündnisgrüne Forderung auf den Punkt. „Die Diskussion geht somit komplett in die falsche Richtung.“ Umso fragwürdiger ist es daher, die ohnehin nur max. 85-prozentige Kostenübernahme des Landes je Schüler weiter zu kürzen. „Dabei übernehmen die freien Schulen nicht nur 100 Prozent des Bildungsauftrages, sondern setzen auch noch wichtige Impulse für die Vielfalt der gesamten Schullandschaft“, so Astrid Rothe-Beinlich.



Dr. Frank Augsten bei der Unterzeichnung des Positionspapiers „Wald im Wandel“ in der Thüringer Staatskanzlei. Er begrüßte den im Vorfeld geführten Dialogprozess. Gleichzeitig fordert er von der Landesregierung ein klares Bekenntnis, im Forstprogramm 2011 mindestens 25.000 ha aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen.

Foto: TMLFUN

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Der Landesbeauftragte
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Verantwortlich:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born, Andrea Parsche

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Hausverbot bei der Ärztin

Immer wieder wenden sich Bürgerinnen und Bürger auch deshalb an die Bürgerbeauftragte, weil sie der Meinung sind, dass Fehlverhalten eines Arztes vorliegt. Hierbei kann es zum einen um – aus Sicht der Patienten – ärztliche Behandlungsfehler gehen, aber auch Probleme rund um die Themen Terminvergabe, Wartezeiten, angemessener Umgang mit Patienten spielen eine Rolle. Mitunter geht es gar um die Aussprache eines Hausverbotes für die Praxisräume.

Was die Rüge ärztlicher Behandlungsfehler angeht, weist die Bürgerbeauftragte die Anfragenden regelmäßig auf die Beratungsmöglichkeiten bei der von der Ver-

braucherberatung eingerichteten Unabhängigen Patientenberatung und ferner das Verfahren bei den Schlichtungsstellen der Ärztekammern hin.

In den übrigen Themenfeldern fällt ein Vorbringen, da die Bürgerbeauftragte nur für öffentlich-rechtliche Angelegenheiten im Freistaat zuständig ist, nur dann in ihren Aufgabenbereich, wenn und soweit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts einbezogen ist, was in den geschilderten Fällen bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Landesärztekammer (LÄK) gegeben sein kann.

In einem Bürgeranliegen, das die Aussprache eines Hausverbotes

für einen Patienten durch die handelnde Internistin betraf und in dem sich der Bürger an die LÄK gewandt hatte, aber mit dem Ergebnis nicht zufrieden war, wollte die Bürgerbeauftragte auf der Grundlage des § 4 Abs. 2 Nr. 2 Thüringer Bürgerbeauftragten-gesetz, der zur Einsichtnahme in Akten und Unterlagen berechtigt, den bei der LÄK geführten Vorgang einsehen. Dies wurde ihr jedoch unter Hinweis auf datenschutz- und berufsrechtliche Erwägungen verweigert, sodass nunmehr unter Einbeziehung der Aufsichtsbehörde, des Thüringer Gesundheitsministeriums, die Rechtmäßigkeit dieser Vorgehensweise zu klären sein wird.

Der Datenschutzbeauftragte

Akteneinsicht von DDR-Heimkindern

Zentrales Anliegen der ehemaligen Heimkinder in der DDR ist es, Einsicht in die sie betreffenden Akten nehmen zu können. Ein Auskunftsanspruch der Betroffenen ist in § 83 SGB X spezialgesetzlich geregelt. Nach dieser Vorschrift ist dem Betroffenen Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Sozialdaten, deren mögliche Empfänger und den Zweck der Speicherung zu erteilen. Auf welche Art und Weise die Behörde – i. d. R. das Jugendamt - diese Informationen zur Verfügung zu stellen hat, lässt § 83 SGB X offen. In der Praxis kann neben der Einsicht vor Ort auch die Zusendung der Unterlagen in Betracht kommen. Vor dem Hintergrund einer bestmög-

lichen Zweckerfüllung hat das Jugendamt über die Art des Auskunftsersuchens zu entscheiden. Das Einsichtsrecht findet ausschließlich dort seine Schranken, wo diesem Begehren bei der Akten führenden Behörde ein unverhältnismäßiger Aufwand gegenüber stehen würde. Dieses Kriterium ist eng auszulegen, denn das Recht auf Auskunft ist Ausfluss des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Kein unverhältnismäßiger Aufwand liegt danach vor, wenn im Rahmen des Auskunftsrechts die Rechte Dritter an ihren personenbezogenen Daten und deren Geheimhaltung u. U. arbeitsaufwendig zu berücksichtigen sind. Für die Praxis bedeutet dies,

dass die entsprechenden Daten von anderen ehemaligen Heimkindern unkenntlich zu machen sind. Dies gilt indes nach allgemeiner Auffassung nicht für Erzieher oder sonstige Angestellte der Heime, sofern sie in Ausübung und Funktion ihres Berufes genannt werden, denn das Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt hier das Geheimhaltungsinteresse eines Funktionsträgers. Die Auskunft an sich hat unentgeltlich zu erfolgen (§ 83 Abs. 7 SGB X). Eine Löschung der fraglichen Daten ist nach § 16 Abs. 4 Satz 1 Thüringer Datenschutzgesetz solange unzulässig, als hierdurch schutzwürdige Interessen der Auskunftssuchenden beeinträchtigt würden.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Veranstaltungshinweis

Die Landesbeauftragte weist auf folgende Veranstaltung hin:

**Dienstag, 7. September 2010,
um 19.30 Uhr,
in der Gedenk- und
Begegnungsstätte im Torhaus
„Die Russen“ in Deutschland
Vortrag und Gespräch
mit Frau Dr. Silke Satjukow**

„Die Russen“ in Deutschland, diesen schlichten Titel trägt ein Buch von Silke Satjukow, das bei der Landeszentrale für politische Bildung erschienen ist. Die Autorin, Historikerin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, schildert darin überblicksartig das Leben der sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR. Beginnend mit dem Einmarsch der Roten Armee über die Alltags-

beziehungen der Bevölkerung mit den „Freunden“ bis zum Abzug nach der Wiedervereinigung 1990 wird eine Situation geschildert, die nicht frei von Spannungen war. Zugleich macht Satjukow sichtbar, wie stark die Soldaten ins Alltagsgeschehen der DDR eingebunden waren. Eingesetzt als Ernsthelfer in den LPG, als schier allgegenwärtige Uniformierte bei Manövern oder Truppenbewegungen und als „Handelspartner“ bei diversen offiziellen und inoffiziellen Transaktionen. Gelernte DDR-Bürger werden angesichts zahlreicher Fotos manche Erinnerung wachrufen können, für jene, die auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs groß wurden, wird einiges neu und staunenswert sein. Zu beziehen ist das Buch über die Landeszentrale für politische Bildung. (Stephan Laudien)

Dr. Silke Satjukow

Geboren 1965 in Weimar.
1991–1995 Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie, der russischen Sprache und Literatur sowie der Erziehungswissenschaften in Moskau, Berlin, Erfurt und Jena; Abschlüsse: Staatsexamen und M.A.
1996–1999 Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes (Bonn).
2000 Promotion am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität
2007 Habilitation am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Veranstalter:

Gedenkstätte Amthordurchgang e.V., Jena
Thüringer Landeszentrale für politische Bildung